

Brühler Zeitung

Brühler Lokalanzeiger — Brühler Stadtanzeiger — Brühler Volkszeitung

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe 6 Pfg. Kleinanzeigen 25 Pfg. Für auswärtige und amtliche Anzeigen 10 Pfg. — Kleinanzeigen 20 Pfg. — Beilagen pro Laufzeit 20 Pfg. Bei zwangsweiser Verbreitung oder Konturs ist jeder Rabatt binafällig. — Plagiate werden nicht angenommen.

Amtsblatt der Stadt Brühl
Postfachkonto Köln 12742 — — — Fernsprecher 2108

Bezugspreis. Durch den Boten frei ins Haus oder durch die Post monatlich 1,60 Mk. im Voraus zahlbar. Die Brühler Zeitung erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. — Störungen infolge höherer Gewalt oder Ausstände rechtfertigen keine Erlangsprüfung.

Nr. 173.

Dienstag, 29. Juli 1930.

33. Jahrgang.

Frankreichs Parteiensystem

Von unserem außenpolitischen Mitarbeiter:
Die bevorstehenden Reichstagswahlen, die wieder eine Fülle von Parteien in der Aufmarschbewegung finden, obwohl wir gerade jetzt eine kraftvolle Zusammenfassung der staatsbejahenden Kräfte zu gemeinsamer Aufbauarbeit dringend notwendig hätten, stellen uns vor die Frage, ob eine gleiche Zersplitterung der parlamentarischen Kräfte auch in anderen Ländern wahrzunehmen ist.

Da wenden sich unsere Blicke vor allem nach Frankreich, wo jetzt das Parlament in die Ferien gegangen ist. Es ist nicht leicht, die französischen Parteienverhältnisse einigermaßen klar zu durchschauen und zu erklären. Denn oft sind schon die französischen Parteibezeichnungen leicht irreführend. Aus der Revolution her noch haben sich einzelne Parteien, die einen ausgesprochenen Rechtskurs aufweisen, Namen beigelegt, wie „Radikal“, „demokratisch“ und „republikanisch“. Gerade letztere Bezeichnung spielt im Grunde genommen überhaupt keine bedeutende Rolle mehr, da in der französischen Kammer die Anhänger der Monarchie so gut wie gar nicht mehr in die Erscheinung treten.

Was uns in Frankreich in erster Linie auffällt, ist, daß das dortige Parteiwesen sehr stark getragen wird von Führerpersönlichkeiten. Wir denken da an Briand, an Poincaré, von denen jeder eine bestimmte Parteigruppe hinter sich sammeln konnte, wobei das Programm dieser Gruppen sich von dem wesensgleicher größerer Parteien überhaupt nicht unterscheidet. Nur der Führer also ist Grund für die Existenz solcher Gruppen. Ein gleiches gilt von der Gruppe Franklin Bouillon, die sich von den Radikalen losgelöst hat zu der Zeit, als Bouillon die französische Außenpolitik bei der Ruhrkränkung entschieden bekämpfte. Dann fanden wir noch die Gruppe Marin, die Gruppe Reynaud, die Gruppe Tardieu, welche sich die oben angezeigten Attribute beilegen, in ihrem Wesen aber ungeachtet unserer Deutschnationalen gleichen, zum Teil auch als Mittelgruppen anzusehen sind.

Wenn wir nun die großen Gruppen der französischen Parteien nach gleichgerichteten Programmen mit unwesentlichen Verschiebungen nach der außen- oder innenpolitischen Seite betrachten, dann finden wir folgende Zusammenstellungen:

1. Die sozialistischen Parteien. Dazu gehören einmal die Französischen Sozialisten, eine ziemlich unbedeutende Gruppe, welche sich nach dem Kriege vom rechten Flügel der eigentlichen sozialistischen Partei abgespalten und heute ungefähr 12 Mitglieder umfaßt. Ferner die Sozialistische Partei. Sie umfaßt 100 Mitglieder, erteilt im Großen gesehen, der deutschen Sozialdemokratischen Partei, ist Mitglied der 2. Internationale. In der Außenpolitik vertritt diese Partei jedoch eigentlich nationalistische Ziele. Denn auch sie hält an den Zwangsbedingungen der Friedensverträge fest, verlangt weiteren Ausbau der Sicherheitsverträge, bewilligt die Mittel für die französische Rüstung zu Wasser, zu Lande und zur Luft. Führende Persönlichkeiten dieser Partei sind u. a. Paul Boncour, Arriol, Bouillon. Schließlich die Kommunistische Partei. Sie zählt 13 Mitglieder und ist Vertreterin der Dritten Internationale.

2. Die bürgerlichen sozialen Linken. Von ihnen umfaßt die Gruppe der Republikanischen Sozialisten 18 Mitglieder. Sie spielt im französischen Parlament trotz ihrer geringen Stärke eine ausschlaggebende Rolle. Denn zu ihr gehören Briand, Poincaré, Benessy u. a. Wir finden dort die Politiker, die zwar vorgeben, einen eigenen Kurs zu betreiben, ihren Mantel aber immer bei Entscheidungen nach dem Winde tragen, das heißt sich Mehrheiten suchen, wo sie sie eben finden können. Es gehören dazu die Radikalsozialisten eine Partei mit 121 Mitgliedern, von deren Führern wir nur Herriot nennen wollen. Es ist eine mehr kleinbürgerliche Partei, welche die Sozialpolitik in den Vordergrund rückt, für die französische Volksbildung nach bestimmten Systemen arbeitet. Eine Partei, die größte Beachtung verdient.

3. Republikanische konservative Parteien. Zu ihr gehört die Republikanisch-demokratische Union mit 101 Mitgliedern. Zu ihren Führern zählen die Louis Marin, den Vöhringischen Großindustriellen von Wendel, den Elsäßer Oberkirch, sowie Millerand. Die Partei ist ausgesprochen nationalistisch, hat sich eine Minderung der Rechte des Parlaments zur Aufgabe gestellt und erstrebt in bestimmter Richtung eine Diktatur. Zu dieser Gruppe gehört ferner die Demokratische Volkspartei, die im Jahre 1924 gegründet wurde und die für die Freiheit des Gewissens, des Unterrichtes und des Versammlungswesens und der Presse eintritt und sich als Hüterin der religiösen Interessen des französischen Volkes auf-

zeigt. Ihr verwandt ist die Demokratisch-soziale Aktion mit 29 Mitgliedern, eine Partei, wie man sagen kann, der Jungkonservativen mit ausgeprägtem militärischem Einschlag. Es ist eine Gruppe, welche eine friedliche Annäherung an die übrigen europäischen Völker mit zäher Hartnäckigkeit erstrebt. Die von ihr verfolgte Friedenspolitik ist auf den konservativen Einschlag dieser Gruppe zu vorerst zurückzuführen. Schließlich gehören noch die Links-Republikaner unter Führung Tardieu, Lagues u. a. hinzu. Diese Partei kann man als linken Flügel der konservativ-konservativen Gruppe ansehen. Eines ihrer Hauptziele ist gerichtet auf die Verständigung zwischen Links und Rechts im ausgesprochen nationalen Interesse.

Nun folgen sogenannte Splittergruppen, wie die Royalistische Gruppe (Action Française), die Linksradikale unter Luchaire, die Unabhängige Linke, die Radikale soziale Linke unter Franklin Bouillon, dem größten außenpolitischen Fanatiker, sowie die keiner Partei angehörigen Deputierten, 44 an der Zahl, welche als ausgesprochen rechtsgerichtete Politiker anzusehen sind.

Damit wäre das Bild des französischen Parteiensystems in großen Zügen gezeichnet. Hinzuzufügen bliebe noch übrig, daß das gegenwärtige Kabinett Tardieu sich auf die republikanischen konservativen Parteien, auf die Splitter zwischen rechts und links, auf die Republikanischen Sozialisten und auf einige Radikal-Sozialisten stützt, die aber wegen ihres Eintritts in das Kabinett von der Parteileitung ausgeschlossen worden sind.

Die Paneuropa-Frage

Mit. Paris, 29. Juli. Mit der weiteren Behandlung der paneuropäischen Frage befaßt sich eine dem französischen Außenministerium nahe stehende Zeitung. Das Blatt schreibt, daß jetzt alle Antworten mit Ausnahme der Schweiz auf die Paneuropadentschrift eingelaufen seien. Der französische Außenminister sei vorläufig im Begriff, seinen Abschlußbericht über den Paneuropaplan fertigzustellen. Dazu sei er sich noch nicht schlüssig geworden, darüber, ob die Verhandlungen über einen Paneuropaplan schon im gegenwärtigen Augenblick und vor der Eröffnung der Völkervereinigung begonnen werden sollen.

Litauen, Ausland und Memelstatut

Mit. Kowno, 28. Juli. Wie aus Moskau gemeldet wird, haben die neuesten Angriffe Litauens gegen das Memelstatut in Moskau politische Kreise großen Aufmerksamkeiten hervorgerufen. Das Vorgehen Litauens sei ein Schritt, der sich für Osteuropa noch in bedeutungsvoller Weise auswirken könne. Die russische Regierung verfolge mit größter Aufmerksamkeit den litauischen Angriff auf das Memelstatut umso mehr, als Sowjetrußland auch an der memelländischen Frage unmittelbar interessiert sei. In Moskau politischen Kreisen ist es übrigens aufgefallen, daß in einer polnischen Zeitung ein Artikel veröffentlicht wurde, der augenscheinlich von dem britischen Botschafter Lord Tyrrel, ausgeht und in dem Polen angeraten wird, Memel als Tauschobjekt gegen Danzig vorzuschlagen. In Sowjetrußlands Regierungskreisen meint man, Litauen leiste solchen Bestrebungen durch die ständige Verletzung des Memelstatuts Vorschub. Polen habe schon lange die Absicht, Litauen völlig zu vernichten.

Getreideausfuhr trotz Knappheit

Mit. Riga, 28. Juli. Die Sowjetregierung beginnt seit einigen Tagen mit der Ausfuhr von Getreide, obwohl im eigenen Lande die Vorräte nicht allzu reichlich sind. Nicht weniger als 3000 Tonnen Roggen wurden nach Riga exportiert, und ähnliche Mengen sind in estnischen und lettischen Häfen eingetroffen.

Die englische Arbeitslosenversicherung

Mit. London, 29. Juli. Ein englischer Parlamentsausschuß beschäftigte sich gestern mit der finanziellen Lage der englischen Arbeitslosenversicherung. Hierbei erklärte ein konservativer Redner, daß die Gesamtkosten der Erwerbslosenversicherung in England in diesem Jahre 1,8 Milliarden Mark betragen würden, von welcher Summe 1,2 Milliarden Mark vom Staat selbst, der Rest aus den Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestanden würde. Der Staatsbeitrag von 1,2 Milliarden sei ein Vorstoß des Staates an die Arbeitslosenversicherung; doch sei es zweifelhaft, ob die Versicherung in der Lage sei, diesen Vorstoß zurückzahlen.



Weltruhm krönt sie

Rabindranath Tagore und Albert Einstein auf dem Landgut Einsteins während des Berliner Aufenthaltes des großen indischen Dichters.

Konferenz der kleinen Länder

Deßau, 28. Juli. Im Schloß zu Wörlitz ist heute eine Konferenz der kleinen Länder zusammengetreten, an der außer dem anhaltischen Ministerium die führenden Minister der Staaten Braunschweig, Thüringen, Schwerin, Lippe-De-mold, Schaumburg-Lippe und Lüneburg teilnehmen. Die Beratungen betreffen vornehmlich die Abgrenzung der Zuständigkeit der Länder gegenüber dem Reich.

Das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen

Mit. Berlin, 29. Juli. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, werde über das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen eine Notverordnung nicht erlassen werden. Den Antrag, das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen als Notverordnung in Kraft zu setzen, hätte das deutsch-polnische Komitee gestellt. Von zuständiger Stelle wird erklärt, daß die Reichsregierung nicht beabsichtige, dieser Anregung Folge zu leisten.

Deutsch-französische Kriegerverbrüderung

Mit. Paris, 29. Juli. Als Abschluß des 6. Kongresses der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer wurde gestern in einem Sonderzuge von 100 deutschen Kongreßteilnehmern und 200 französischen Teilnehmern eine gemeinsame Fahrt nach dem Soldatenfriedhofe Soupir unternommen. Als Vertreterin der deutschen Kriegerwitwen hielt Frau Harnoz-Berlin eine Ansprache, worin sie u. a. ausführte, Franzosen und Deutsche ruhten hier beisammen; sie sind zwar als Feinde, aber für ein gleiches Ideal gefallen, nämlich um den Frieden der Welt zu erkämpfen. Darum schwören wir Kriegerfrauen Euch Gefallen, die Welt zu begeistern für wahre Menschlichkeit, für den Frieden und Freiheit. Nach der Rede umarmte eine französische Kriegerwitwe die deutsche Rednerin.

Schriftstellernde deutsche Jugend in Polen

D.A.Z. Seit mehreren Monaten erscheint in Polen eine neue Monatschrift für die Jugend, die sich „Die Biene“ nennt und deren Emsigkeit es gelungen ist, bereits in weite Kreise der deutschen Schuljugend Polens und auch über dessen Grenzen hinaus zu dringen („Die Biene“, herausgegeben von Walter Schulz, Bienenverlag, Polen). Sie ist aber auch von besonderer und gerade für das Auslandsdeutschtum wertvoller Eigenart: Sie hat die Schuljugend aller Kreise und Altersklassen selbst zu Mitarbeitern und setzt sich aus ihren Beiträgen allein zusammen. Sie bringt — in guter Ausstattung übrigens — kleine Aufsätze, Studien, Gedichte, Rätsel, Buchschmuck in Form von Holz- und Einolschnitten, Federzeichnungen usw. und gibt ein getreues Spiegelbild vom Schaffen und Erleben der auslanddeutschen Schuljugend. Dadurch aber bildet sie gleichzeitig, und das sei besonders hervorzu-

Das Neueste in Kürze

— In Dresden saßte der Ortsgruppenvorstand der Deutschnationalen Volkspartei den einstimmigen Beschluß, aus der Partei auszutreten.

— Unweit der deutschen Grenze soll auf niederländischem Gebiet ein riesiges Kohlenbecken in Betrieb genommen werden.

— Die russische Gesellschaft für Verteidigung in der Luft und Verteidigung gegen den chemischen Krieg will an die Rote Armee 53 Flugzeuge übergeben.

— Im ganzen Uberschwemmungsgebiet von Karachi herrschen fürchterliche Zustände. Raubüberfälle und Plünderungen sind an der Tagesordnung, und die Gefahr einer Hungersnot ist aufs höchste gestiegen.

hoben, ein wertvolles Bindeglied zwischen der deutschen Jugend in Posen-Pommern und der in Kongresspolen und Galizien, aber auch schon weit darüber hinaus, wie einzelne Beiträge beweisen.

Hilfsmaßnahmen für Hausdorf

Mit. Breslau, 29. Juli. Ueber die Hilfsmaßnahmen für Hausdorf fand im Regierungsgebäude zu Breslau eine Besprechung statt, die sich mit den weiter zu treffenden Maßnahmen zur Unterstützung der Hinterbliebenen der Todesopfer der Grubenkatastrophe befaßte. Es wurden gewisse Richtlinien aufgestellt, die mit den näher beteiligten Stellen weiter behandelt werden sollen, um eine Zersplitterung der Hilfsmaßnahmen zu vermeiden und rasch möglichst zu wirksamen Hilfsmaßnahmen zu gelangen.

Aus dem italienischen Erdbebengebiet

Mit. Rom, 29. Juli. In dem süditalienischen Erdbebengebiet sind die Arbeiten zur Bergung der Toten nahezu beendet worden. Auch die Stärkung der vom Einsturz bedrohten Gebäulichkeiten ist beendet. Wie amtlich mitgeteilt wird, funktioniert bereits wieder die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung tadellos. Der Bau von festen Wohnungen für die Obdachlosen sei bereits angeordnet, und in den nächsten Tagen ist beabsichtigt, die neuen Siedlungen in unmittelbarer Nähe der betroffenen Gegenden durchzuführen.

Die Völkervereinigungen bei Kindern im Elsaß

Mit. Straßburg, i. Elß, 28. Juli. Große Sorge bereitet den französischen Behörden das langsame aber stete Fortschreiten der Kinderlähmungskfälle im Elsaß und im Moselgebiet. Vornehmlich betroffen sind die Gegenden von Straßburg, Schittigheim, Bixweiler und Brumath. Eine umfangreiche Ferienreise elsässischer Schüler, die von der französischen Regierung arrangiert war und als nationale Rundgebung durch alle Gegenden Frankreichs mit einem Empfang durch Tardieu in Paris führen sollte, wurde wegen der Epidemie verschoben. Sollte die Seuche bis zum 1. Oktober nicht beseitigt sein, so dürfte die Ferienreise bis zum nächsten Jahre verschoben werden. Nach der Ansicht von Professor Kohnen, einer Autorität auf dem Gebiete der ärztlichen Wissenschaft, breitet sich die Krankheit in einer von Tag zu Tag mehr abnehmenden Stärke weiter aus. Die Zahl der Krankheitsfälle vermindert sich täglich. Demgegenüber ist nun festzustellen, daß, während im Straßburger Bezirk eine Abnahme tatsächlich festzustellen ist, die Krankheit an der Mosel und Saar, besonders Hagenau, sich bedrohlich weiter ausbreitet. Außerdem wird aus Colmar berichtet, daß dort zahlreiche Fälle von Diphtheritis zu verzeichnen seien.

Ein sensationeller Verleumdungsprozeß

Mit. Magdeburg, 29. Juli. In Burg bei Magdeburg ging gestern nach viertägiger Dauer ein sensationeller Verleumdungsprozeß zu Ende. Angeklagt war ein gewisser Schmiel, der dem Kriminalkommissar Ziegler vorgeworfen hatte, in mehreren Fällen einen Meineid geleistet zu haben. Das Urteil lautete wegen formaler Verleumdung auf 30 Mark Geldstrafe; da sich im Laufe der Zeugenvernehmung ergab, daß der als Nebenkläger auftretende Kommissar Ziegler tatsächlich meinedächtig war, wurde der Beamte, der dieser Tage einen Nervenzusammenbruch erlitten, sich aber bald wieder erholt hatte, von Beamten des Polizeipräsidiums Magdeburg verhaftet.

Der König von Dänemark einem Attentat entgangen

Mit. Brüssel, 28. Juli. Ein hiesiges Blatt veröffentlicht die Mitteilung, daß gelegentlich der Inselreise vor kurzem der König von Dänemark mit knapper Not einem Attentat entronnen sein soll. Am Tage, als der König seine Rede hielt, wurden zwei verdächtige Personen verhaftet, die im Besitz von Revolvern und Handgranaten waren. Außerdem waren weitere Verhaftungen von Personen vorgenommen worden, die mit dänischen Kommunisten u. mit bolschewistischen Kreisen Moskaus in Verbindung standen. In Kopenhagen herrschte einige Unruhe darüber, daß in den letzten Tagen aus Kopenhagen und aus Kopenhagen selbst fortwährend Drohbriefe an den König einliefen.

Probealarm für Gasangriff

Mit. Paris, 29. Juli. Aus Lyon kommt die Meldung, daß dort ein großer Probealarm für einen Gasangriff feindlicher Flieger veranstaltet wird. Die Zivil- und Militärbehörden von Lyon erlassen einen öffentlichen Aufruf an die Bevölkerung, worin sie mitteilen, daß es sich um eine Gasangriffssimulation handelt, die mit einer Alarmübung nichts zu tun habe; es handle sich lediglich um eine übliche Experimente, wie sie in den Vereinigten Staaten schon seit langer Zeit durchgeführt werden.

Kommunistische Aktion in Schweden

Mit. Stockholm, 28. Juli. Die Bolschewisten bereiten für den ersten August in Schweden einen „Roten Tag“ vor. In einem Flugblatt, das von dem Moskauer Exekutivkomitee an alle zuverlässigen Elemente Schwedens verandt wird, heißt es, daß jeder kommunistisch Eingestellte am 1. August nur mit der Waffe auf der Straße erscheinen dürfe. Hiernach hat es den Anschein, als ob es in Schweden in den ersten Augusttagen zu schweren Unruhen kommen wird. Das gewöhnlich gutunterrichtete „Stockholm Dagblad“ ist in der Lage, Einzelheiten aus dem Flugblatt mitzuteilen. Darin heißt es, daß die finnlandische Aktion nunmehr auch von den schwedischen Faschisten aufgegriffen werden solle, der darauf hingiele, den Kommunismus auch in Schweden auszurotten. Glaubwürdige Erkundigungen hätten ergeben, daß die schwedischen Faschisten und Sozialisten sowie die schwedische Schranke in den ersten Augusttagen Kämpfe liefern wollten; es sei ziemlich sicher, daß es zu erbitterten Kämpfen kommen werde. Am 30. Juli würden noch an alle Kommunisten besondere Anweisungen für die bevorstehenden Tage erlassen werden. Zum Schluß des Aufrufs werden die Kommunisten aufgefordert, alle Mitteilungen streng geheimzuhalten.

Die Unruhen in Ägypten

Mit. London, 29. Juli. Ueber die letzten Unruhen in Ägypten machte im englischen Parlament ein Mitglied des Auswärtigen Amtes Mitteilungen, danach sind bei den letzten Unruhen 20 Personen getötet worden. 279 Polizisten und 204 Zivilisten wurden verletzt. Der Schutz der Ausländer sei nach den Angaben des Redners ausreichend gewesen, sobald englische Truppen nicht hätten eingegriffen brauchen. Die englische Regierung habe es für notwendig gehalten, die Führer gewisser Parteien in dem Ägyptenkonflikt für die etwaigen Folgen verantwortlich zu machen.

Die revolutionäre Bewegung in Indochina

Mit. Paris, 28. Juli. Eine neue kommunistische Bewegung macht sich seit einigen Tagen in Indochina bemerkbar. Nach einer Kabelmeldung aus Colon wurde in dem Orte Tan-Tao eine prominente Persönlichkeit durch Revolvergeschüsse ermordet. Es handelt sich bei dem Mord anscheinend um Repressalien seitens der kommunistischen Elemente, die den Ermordeten verdächtigten, den Franzosen bei der Wiederherstellung der Ordnung im Juni gelegentlich der kommunistischen Unruhen Spitzeldienste geleistet zu haben. Mehrere verdächtige Personen wurden verhaftet.

Entlassene Reichsbahnarbeiter klagen.

Wuppertal: Von den etwa 100 entlassenen Arbeitern des geschlossenen Reichsbahnausbesserungswerkes hat die Hälfte, die alle länger als 20 Jahre im Dienste der Reichsbahn gestanden haben, Klage wegen unbilliger Härte eingereicht. Die Arbeiter verlangen Wiedereinstellung. Erst vor einigen Tagen ist eine ähnliche Klage durch einen Vergleich beigelegt worden. In diesem Falle handelt es sich um entlassene Arbeiter des geschlossenen Ausbesserungswerkes in Langenberg. Die Eisenbahn hat sich bereit erklärt, die über 20 Jahre im Dienste gewesen Arbeiter wieder einzustellen und den jüngeren Arbeitern eine Entschädigung zu gewähren.

Trunkenheit als Ursache eines tödlichen Unglücksfalles.

Wuppertal: In einem Wälsrathen Kalkwerk machte sich ein betrunkenen Arbeiter an einem vollbeladenen Wagen zu schaffen, obwohl man versucht hatte, ihn davon abzubringen. Der Wagen kippte um und presste den Mann gegen die Mauer. Er war sofort tot.

5 Kinder überfahren.

Essen: Die Reichsbahndirektion Essen teilt uns mit, daß in ihrem Bezirk in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 5 Kinder im Alter von 4, 5, 9 und 10 Jahren durch verbotswidriges Betreten des Bahngeländes überfahren und 4 davon getötet wurden.

Katholisches Studententum in Not

Von Dr. Richard Gehrig.

Die schwere Notlage des deutschen Wirtschaftslbens macht sich auch in verstärktem Maße bei den Studierenden unserer Hochschulen bemerkbar. Leider stehen manche Kreise unseres Volkes dieser Not verständnislos gegenüber. Sie sehen im Akademiker immer noch den bevorzugten Stand und wissen nicht, daß neben einigen fröhlichen Studenten weit mehr hungernde vorhanden sind.

Diese völlige Verkennung der Notlage des deutschen Studententums, ihrer tieferen Ursachen und letzten Hintergründe zeigte sich jüngst wieder in einem Aufsatz, den die „Katholische Zeitung“ unter dem Titel „Wie und wo soll gespart werden?“ in Nr. 377 vom 13. Juli 1930 bringt. In völliger Mißdeutung der Lage spricht sie von einem „wirklichkeitsfremden Bildungsfanatismus, wenn wir immer neue Millionen auswerfen, um das Dasein einer maßlos überlasteten Bildungsschicht zu erleichtern, der wir in absehbarer Zeit doch keine gesunden Daseinsbedingungen und keine nützliche befriedigende Beschäftigung bieten können“.

Daß diese Bemerkungen sich gegen das Studententum wie auch gegen die privaten Wohlfahrtsvereinigungen für die notleidenden Studentenschaft richten, denen die Mittel vom Staate zur Verfügung gestellt werden, ist offensichtlich. Der Sinn der vom Staate zur Verfügung der Studentenschaft gestellten Mittel ist völlig verkannt. Offensichtlich zum Zwecke der Veranblichung des notwendigen wissenschaftlichen Nachwuchses bestimmt, sind sie aber vor allem auch der Ausdruck des sozialpolitischen Strebens des Volksstaates. Die Mittel also vermehren, würde bedeuten, dem Armen das mühsam erkämpfte Studium nehmen, der Klassen der Vermögenden zum alten Bildungsprivileg der Vorkriegsjahre zurückverhelfen.

Das Gesicht der heutigen Studentenschaft ist ein ganz anderes geworden, als das der Vorkriegsjahre, wenn auch noch häufig in Bild und Schrift (wie etwa zur Zeit im Film „Reinlandmadel“), das Studententum als eine sorglose und unbekümmerte Zeit dargestellt wird. Im Gegenteil, derartige Dinge geben von der Not der Studierenden ein ganz falsches Bild und erregen andererseits bei großen Teilen unseres Volkes Widerspruch und falsches Verständnis der tatsächlichen Not. Die aufs äußerste gestiegene Zahl unserer Studierenden — viele studieren, um das schwere Gefühl der Arbeitslosigkeit noch einige Jahre zurückzudrängen — die düstere Zukunft, die ihnen bevorsteht, läßt ahnen, welche Tragik über tausend junger Leben liegt. Die Hilfe, die manchem bedürftigen Studierenden im Werkstudententum gegeben wurde — als Automobiler, Postgehilfe, Zeitungsträger, Kellamerveiteler, erwarb er sich den nötigen Lebensunterhalt — geht heute immer mehr zurück, da die Wirtschaft alle freierwerbenden Kräfte sofort wieder mit eigenen ausgebildeten Kräften besetzt. Andererseits werden heute in weitgehendem Maße erhöhte Forderungen an die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit und Betätigung der Einzelnen seitens der Hochschulen gestellt, die sie erfüllen müssen, wenn sie nicht bei dem überstarken Angebot an guttalentierten Kräften zurückbleiben wollen.

Litt oft die Gesundheit mancher Studierenden unter der anstrengenden Wertarbeit in Verbindung mit nächlichem Studium, so ist das jetzt in weit verstärktem Maße der Fall, da gar mancher kaum noch die nötige Nahrung zum Leben findet. Wieviele essen nur ein oder zweimal am Tage, wo das bescheidene Mensaeßen die einzige Nahrung bildet! Manche haben nur 3 oder 4mal in der Woche einen bescheidenen Mittagstisch, wenn sie an dem ihnen für diese Tage gestellten Freitisch teilnehmen. In der übrigen Zeit leben sie von trockenem Brot und von dem, was eine verstehende Wirtin ihnen zusetzt. Schon schlafen heute arme Studierende in War-

tesälen und unter Stadtbahnbögen, weil sie nicht in der Lage sind, ihre Miete zu bezahlen. Tagsüber sitzen sie mit verhärten, müden Gesichtern in den Hörsälen und können nur mit Mühe den Vorlesungen folgen, deren Verstehen eine volle, gesunde Kraft des Körpers und der Seele fordert. Man vergesse nicht, daß die körperliche und seelische Not langsam manchen starken Willen zerlegt, der für wesentliche und dringliche Aufgaben unserer Zeit geeignet wäre und ihn in zerstörende Strömungen hineintreibt, die seiner als reifen Vorschub bedürfen. Sein Abwinken bedeutet Gefahr für Staat, Kultur und Religion.

Daß bei diesen Zuständen die zur Hilfe der notleidenden Studentenschaft eingerichteten Stellen, besonders die privaten Wohlfahrtsstellen, in weitestem Maße beansprucht und überlastet werden, so daß sie selbst nicht wissen, woher sie die nötigen Mittel nehmen sollen, ist klar. So laufen zum Beispiel bei der Deutschen Caritas für Akademiker, Berlin, täglich zahlreiche Bittgesuche ein, um Arbeitsmöglichkeiten, um Freitisch, um geldliche Beihilfen, um Erholungsanhalte während der Ferien usw. Während in früheren Jahren manchem ausreichende Hilfe gebracht werden konnte, ist das in diesem Jahre bei den erhöhten Anforderungen kaum möglich und wird bei der verkleinerten Verteilung wie ein Tropfen Wasser auf heißen Stein.

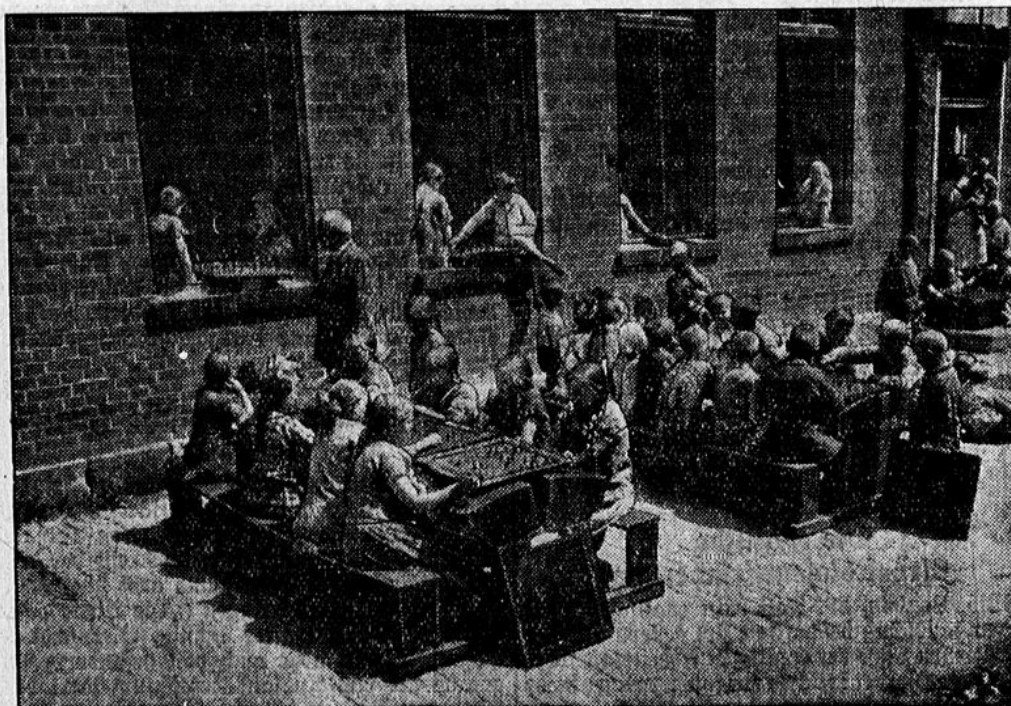
Wir richten daher an alle Kreise des katholischen Volkes, besonders an die katholische Akademikerschaft die Bitte, doch ein wenig an unsere notleidende katholische Studentenschaft zu denken. Es sind nicht die schlechtesten, die da leiden. Im Gegenteil, sie haben sich oftmals mit Mühe und Not zum Hochschulstudium durchgekämpft, und stehen immer wieder vor unüberwindlichen Schwierigkeiten. Nur ein gemeinsames Verstehen der Not und ein gemeinsames Helfen kann manche Sorge lindern, die heute schon die Jugend vieler hart und schwer bedrücken. Dringende Hilfe tut not! Deus et Patria moment!

Es wird schon jeht auf die Verammlung hingewiesen, die von Seiten der Deutschen Caritas für Akademiker auf dem Katholikentag in Münster am 5. September abgehalten wird. Prälat Professor Dr. Schreiber, der Vorsitzende der Caritas für Akademiker, wird dort die Stellung und die Notlage der heutigen katholischen Studentenschaft, im Verfolg des ganzen katholischen Akademikertums, und ihre zwingende Auswirkung auf Religion und Nation umfassend beleuchten. Ministerialrat Nießen wird über das brennende Problem der Einflügung des stellunglosen Akademikertums in die Wirtschaft, über Lebens- und Schaffensraum des modernen katholischen Akademikertums sprechen.

Eine dringende Mahnung ergeht im Besonderen an die Akademiker, denen günstige Arbeitslagerungen in der Vergangenheit eine feste auskömmliche Berufsarbeit gaben. Sie haben die Pflicht, der Studierenden Jugend in ihrer Not beizustehen. Die Zeiten sind ernst. Eine umfassende Lösung kann nicht ohne Hilfe der Wirtschaft gefunden werden.

„Diese deutsche Jugend in ihrer Not ist eine lebendige Einheit, sie leidet wie ein Körper, sie kann geheilt werden nur durch ein Mittel: Gebt ihr Lebensraum!“

Steuert der Arbeitslosigkeit! Stärkt unsere Wirtschaft! Kauft nur deutsche Waren!



Das Dorf der Schachspieler
Schachspielen als Schulfach.

Die Kinder sitzen bei schönem Wetter im Freien und spielen Schach.

In der Nähe von Halberstadt liegt das Dorfchen Ströbed, das „Dorf der Schachspieler“ genannt. Jung und Alt beschäftigen sich in ihrer

Freizeit mit dem Schachspiel. Es wird in der Schule als Unterrichtsfach gelehrt, und alljährlich findet ein Schachturnier statt, bei dem die kleinen Gewinner von der Gemeinde gestiftete Schachbretter als Preise erhalten.

Einzelhandel z. Preisentwurf

Vereinfachung der Verständigung mit den Lieferanten. — Gedämpfte Hoffnung auf nachhaltigen Preisabbau für Lebensmittel, Kleider und Schuhe.

Düsseldorf, 27. Juli. Der Einzelhandelsverband für Rheinland und Westfalen nahm am Dienstag Gelegenheit, seine Stellung zur Preisentwurf vor den Vertretern von Presse, Großindustrie und anderen zahlreicher anderer Wirtschaftsgruppen darzulegen. Das Vorstandsmitglied Dr. Marx wies eingangs auf die in der Tagespresse in jüngster Zeit vielfach erhobenen Vorwürfe hin, wonach der Einzelhandel eine am Verhältnis zur Lohnsetzung stehende Preisentwurf nicht mitgemacht habe. Gerade diese Vorwürfe seien es, die dem Einzelhandelsverband für Rheinland und Westfalen Anlaß gaben, über dieses wichtige Thema Aufklärung zu erteilen. Der Einzelhandel glaube dazu um so mehr verpflichtet zu sein, als aus den bisherigen öffentlichen Ausführungen klar ersichtlich sei, daß seitens großer Preise die inneren Verflechtungen der Einzelhandelswirtschaft nicht mit der notwendigen Klarheit durchschaut würden.

Oberregierungsrat a. D. Dr. Tiburtius, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, hielt das Hauptreferat und nahm zu den allgemeinen Fragen der Preisentwurf zunächst Stellung. Er führte dazu aus: Leider sei der

Anteil des Einzelhandels an der Preisbildung für die von ihm verkauften Verbrauchsgüter nur gering im Verhältnis zu den Preisen seiner Lieferanten, die durchschnittlich etwa 75—80 Prozent vom Endverkaufspreis der Waren darstellen. Von den übrigen etwa 25 Prozent entfallen z. B. im Textilhandel nach den Feststellungen des Enquete-ausschusses ein reichliches Drittel bis zur Hälfte auf Gehälter und 10—15 Prozent auf Steuern. Der Rest werde durch Kapitalverzinsung, Porti, Miete, Beleuchtung und ähnliche Unkosten aufgezehrt. Diese Faktoren seien zu einem erheblichen Teile zwangsläufig, lägen jedenfalls außerhalb des Einflusses des Einzelhandels. Das Urteil der Öffentlichkeit über die tatsächliche Preisbildung im Einzelhandel sei zudem durch Irrtümer und Lügen der Bericht-erstattung getrübt. Die tatsächliche Senkung der Preise z. B. im Textilhandel erreichte zwischen Frühjahr 1929 und Sommer 1930 je nach der Ware 10—20 Prozent, während das Konjunkturinstitut nur mit 3,2 Prozent rechne. Die Preisentwurf in dieser Gruppe des Einzelhandels sei auf Grund dieser Berechnung über den Rückgang der Rohstoffpreise hinausgegangen. Die amtlichen Zahlen berücksichtigten einseitig die Preisentwürfe nicht, die den Verbrauchern durch Ausverkäufe und durch andere Nachlässe außerhalb der normalen Kalkulation zugute kämen. Auch die Teilzahlung mit ihren namentlich im Einzelhandel mit Webwaren und Hausgeräten weit gestreckten Zahlungszielen müsse in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden, da sie den Warenbezug des Verbrauchers während der Einheit des Wirtschaftsjahres ausdehne, den Zahlungszugang beim Händler aber verringere. Die amtlichen Preisindizes seien zur Berechnung der Einzelhandelspreise untauglich, da der Lebenshaltungssindex viele Waren und Dienstleistungen umfasse, die nicht zum Einzelhandel gehörten, namentlich die unter ganz anderen Bedingungen zustandekomenden Handwerkspreise. Wenn in der Handels- presse gewünscht werde, der Einzelhandel möge die Aufschläge auf Massenverbrauchsgegenstände senken und dafür die Preise für Luxuswaren erhöhen, so sei dieser Ausgleich praktisch nicht immer möglich, da auch bei Waren mit relativem Luxuscharakter der Wettbewerb heute sehr scharf sei und die Verbraucher dieser Güter einen sozialen Aufschlag zu diesen Preisen auf ihre Kosten nicht mitmachen. Die sogenannten Konkurrenzartikel im Lebensmitteleinzelhandel, wie Zucker, Mehl, Salz usw., würden mit ganz geringen Aufschlägen weit unter Unkostenhöhe abgegeben. Der Ausgleich bei besseren Waren sei aber dadurch erschwert, daß in der Nachkriegszeit weite Verbraucherschichten, solange sie Arbeit und Verdienst hätten, zu Waren höherer Qualität übergegangen seien, wie auch die Mitteilungen der Konsumvereine bewiesen.

Der Einzelhandel müsse seine Preise nach der Kaufkraft der Bevölkerung richten. Er habe die Erhöhung der Lieferantenpreise im Jahre 1927 trotz gleichzeitiger Steigerung mancher Unkosten erst mit einem Abstand von 3 bis 4 Monaten mitgemacht. Er habe den Preisrückgang seit Anfang 1929 zwar auch mit einem gewissen zeitlichen Abstand, aber der Höhe nach fast in vollem Umfang den Verbrauchern zugutekommen lassen. Dabei dürfe man nicht vergessen, daß die Steigerung mancher Unkosten, die im letzten Jahre der Wirtschaft auferlegt worden sind, wie namentlich die der Umsatsteuer und Grundvermögenssteuer, ferner die der Frachten sich im Einzelhandel durch die ganze Kette der vorgelagerten Gruppe von Lieferanten und Gläubigern progressiv auswirkte. Ein Abbau dieser Lasten werde den Verbrauchern unverkürzt zugutekommen. Der Einzelhandel wolle mit allen diesen Hinweisen keineswegs eine Theorie des schlechten Willens gegenüber dem Bedürfnis der Verbraucher nach Preisabbau begründen. Er müsse den Grundfah der Verteilung des „Nutzens“ (gleich Unkostenbedeutung) durch Vergrößerung des Umsatzes, also durch Preisentwurf in seinen Gefässen als das wirksamste Mittel der Selbstheilung betrachten. Von anders meinte, daß für die Senkung von Markenartikelpreisen na-

Ein Prad

Der C

Mit. Deutschen Schützenstrigen genfund in das Stunde te, je flä Strom de zel mit Mannsch ins Gigeneten Z wege zu den Ta um Un vorzubeg geradezu den die zusammen Schätze die fest und fro thie, di schaft e festzug bung a geetgn körpers und no de: M Domst

Ber Blag sich und geba die zu e die

nentlich im Handel mit Drogen, Nahrungsmitteln, Schokolade. Auf diesem Gebiete bestünde ein unmittelbarer Einfluß des Einzelhandels auf die Preisbildung nicht. Der Einzelhandel sei zu positiven Verhandlungen mit seinen Lieferanten nicht nur bereit, sondern wünsche solche Verhandlungen sogar, um dahinwirken zu können, daß auch die Preise dieser Waren, die bisher der Hersteller ganz überwiegend allein festsetzte, der Kaufkraft der Bevölkerung angepaßt würden.

Ein Wunderglaube an baldige Preisentfaltungen großen Ausmaßes dürfte aber nicht Platz greifen. Niemand solle daher beabsichtigte Einkäufe etwa aufschieben. Dadurch erwüchsen unnötige Kosten für Lagerhaltung im Einzelhandel wie bei seinen Lieferanten, woraus nicht Preisentfaltungen, sondern nur weitere Verteuerungen entstehen müßten. Ein großer Schritt auf dem Wege zu einer allmählichen Senkung von Unkosten und Preisen könne es sein, wenn die Zinslasten des Einzelhandels durch engere Be-

ziehungen zu den Banken gemildert würden. Der Einzelhandel werde in enger Verbindung mit den anderen Wirtschaftskreisen seine Rationalisierung fortführen, die Notwendigkeit eines Umbaus des Finanzsystems vertreten und die Öffentlichkeit mehr als bisher über die tatsächlichen Vorgänge der Preisbildung und deren Ursachen unterrichten. Die Veröffentlichung von Tabellen der Verkaufspreise könne diesem Zweck nur dann dienen, wenn dabei objektiv und vorsichtig verfahren werde und wenn vor allen Dingen Preisvergleiche nur für gleiche Sorten angestellt würden. Hierin müßten zwischen Einzelhandel, Werkskonsumanstalten und Konsumvereinen endlich die Grundsätze eines lauten und fairen Wettbewerbs durchgesetzt werden, den der Einzelhandel dann nicht zu scheuen hätte.

Für den Lebensmitteleinzelhandel sprach der Vorsitzende des Ausschusses des Edeka-Verbandes, Kaufmann P. Schmitter (Brühl).

Brühl und Umgebung

Brühl, 29. Juli 1930.

Die Ueberfälle aufgeklärt. Die polizeilichen Ermittlungen, die hinsichtlich des Ueberfalles auf dem Kierbergerpfad gemeinsam mit der Polizei von Brühl-Land gepflogen wurden, haben zur Aufklärung beider Ueberfälle geführt. Im ersten Falle kommt als Täter ein Arbeiter G. aus Kierberg und für den Ueberfall auf der Rheinstraße ein Arbeiter K. aus Brühl in Frage. Wie sich herausstellte, hat K. außer dem Ladierer und dem Anstreicher auch noch einen Dritten angefallen. In diesem Falle geriet er an die unrichtige Adresse. Ein Begleiter des Ueberfallenen verabreichte dem Täter eine gehörige, wohlverdiente Tracht Prügel.

Sonntagsruhe im Friseurgewerbe. Auf Antrag von mehr als zwei Drittel der beteiligten Gewerbetreibenden hat der Herr Regierungspräsident in Köln angeordnet, daß im Stadtbezirk Brühl an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen ein Betrieb im Barbier- und Friseurgewerbe nicht stattfinden darf. Es ist an diesen Tagen sowohl ein Betrieb in den Friseurgeschäften selbst als auch ein Bedienen der Kunden außerhalb der Betriebsräume verboten. Ausgenommen sind die Stunden von 8—11 Uhr am ersten Oster-, Pfingst- und Weihnachtsfeiertag, sowie am 2. Januar, ferner am 24., 27. und 31. Dezember, falls die letzteren drei Tage auf einen Sonntag fallen.

Der Kathol. Arbeiterverein bittet seine Mitglieder, sich morgen abend an der Ehrung des Mitbegründers Th. Hüften anlässlich seiner goldenen Hochzeit vollständig zu beteiligen. Treffpunkt ist 1/4 vor 9 auf dem Markt, Ecke Schloßstraße. Jeder möge sich eine Fadel mitbringen.

Seine Meisterprüfung bestand der Stuckateur Viktor Barth, Hermannstraße 29, bei der Handwerkskammer Köln, mit dem Prädikat Gut.

Spartafestdirektor Möhrig ist bis zum 17. 8. einschließlich beurlaubt. Er wird von Spart.-Inspektor Knoblich vertreten.

Zugelaufen ist ein gelber Bastardhund. Abzuholen auf dem Polizeiamte Brühl-Stadt, Zimmer 4.

Aus Ueberrumpelt warf Sonntagmorgen ein Student aus Bonn auf dem hiesigen Bahnhof eine Bierflasche nach den auf dem Bahnsteig befindlichen Fahrgästen, wodurch mehrere infolge der Glasscherben Verletzungen erlitten.

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie. Die Ziehung der 5. Klasse 35. (261.) Lotterie findet vom 8. August bis 12. September statt. Die Erneuerung auf dieser Klasse hat planmäßig spätestens bis zum 1. August, 18 Uhr, bei Verlust des Anrechts in der zuständigen Lotterieleitung zu erfolgen. Kauflos für 5. Klasse (Haupt- und Schlussziehung) sind noch in kleinen Mengen bei den staatlichen Lotterieleitungen erhältlich.

Befreiung von Veranlassungen aus Anlaß des Verfassungstages von der Vermögenssteuer. Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, wird in einem gemeinsamen Rundschreiben des Preussischen Innenministers und Finanzministers darauf hingewiesen, daß die vom Reichsrat durch die Verordnung vom 2. 7. 1929 verfügte Befreiung der Veranlassungen, die am 11. August aus Anlaß und zu Ehren des Verfassungstages unternommen werden, sich nicht auf das Jahr 1929 beschränkte, sondern eine dauernde Regelung darstellt. Da in diesem Jahre in größerem Ausmaß voraussichtlich Vorarbeiten bereits am 10. August abgehalten werden, nach den Vorschriften der genannten Verordnung die Befreiung von der Vermögenssteuer für diese Veranlassungen jedoch nicht ohne weiteres Platz greifen würde, erwarten die genannten Minister, daß die Vermögenssteuer erhebenden Gemeinden und Gemeindeverbände in derartigen Fällen aus Billigkeitsgründen auf die Erhebung der Vermögenssteuer verzichten.

Verdort: Jünglingskongregation. Am letzten Sonntag fand in hiesiger Pfarrkirche die Neuaufnahmefeier statt. Morgens um 7 Uhr war Frühmesse für die Lebenden und verstorbenen Mitglieder; um 2 Uhr die feierliche Aufnahme gelegentlich der Festandacht. Alle Pfarrangehörigen, besonders die Elternschaft, waren eingeladen. Der Marienchor verschönernte die Feier durch den Vortrag einiger mehrstimmiger Chöre. Inzwischen wurden 16 Aspiranten

neu in die Kongregation aufgenommen. Es war ein Ehrentag unserer katholischen Jünglinge und Jungmänner. Nach der Festandacht versammelten sich die Neuaufgenommenen im Heim zu gemeinsamem Kaffee.

Kierberg: Große Aufregung herrschte gestern nachmittag in unserem Ort. Es tauchte das Gerücht auf, eine hiesige Schulkasse, die eine Autotour ins Siebengebirge gemacht hatte, sei unterwegs verunglückt. Diese Meldung sei im Rundfunk durchgesagt worden. Nachdem man sich mit Rundfunk und Polizei in Verbindung gesetzt, stellte sich heraus, daß dieses Gerücht der Tatsache nicht entsprach. Es ist unverständlich, daß es Leute gibt, die es für einen Scherz ansehen, die Eltern so in Aufregung zu setzen.

Kierberg: Eine selten schöne Feier wurde das Fest, das der Gesangsverein „Concordia“ Kierberg am vergangenen Sonntag anlässlich der 50jährigen Mitgliedschaft des Herrn Heinrich Wartscherer beging. In stattlicher Zahl waren die Sangesbrüder mit ihren Angehörigen im Saale Pohl erschienen, um die Ehrungen des Jubilars recht eindrucksvoll zu gestalten. Als Einleitung übermittelte der Präsident des Vereins, Peter Pohl, dem Jubilar im Namen der Sangesbrüder die herzlichsten Glückwünsche und wies auf seine vielen Verdienste um den Verein hin. Nach freudig und anschaulich schilderte er, wie B. in 50 langen Jahren durch Freundschaft und Leid mit Herz und Seele treu zum Verein gehalten habe. Der Verein überreichte dann dem Gefeierten eine Ehrennadel und ein praktisches Geschenk, worauf Fräulein Pohl in anmutiger Weise einen sinnvollen Prolog vortrug und ein Blumengebilde überreichte. Diese Nührung unterbrückten die Dankesworte des Jubilars, doch schwor er dem Verein unverbrüchliche Treue, so lange Gott ihm seine Stimme erhalte. Darauf wechselten ernste und heitere Vorträge mit Musik, Tanz und Gesang ab. Möge die augenblickliche Eintracht der „Concordia“ erhalten bleiben; dann wird der Verein in Zukunft noch häufiger ein solches unvergessliches Fest feiern können.

Bingsdorf: Ausbau der Bonnststraße. Der Ausbau der Bonnststraße ist in vollem Gange. Die Arbeiten haben am Bahnhof Bingsdorf begonnen. Dort hat man schon die Maueranlagen, Bordsteine usw. angelegt. Die Fahrbahn und somit die ganze Straße wird fast auf ihrer ganzen Strecke nicht unbedeutend verbreitert. Außerdem wird die Straße nach ihrer Fertigstellung auch viel höher werden als bisher, weil die Straße vollkommen neu eingebettet und ausgebaut wird. Die Arbeiten werden von einer Treckener Tiefbaufirma durchgeführt.

Bingsdorf: Immer langsam! Am Freitag raste ein junger Bursche mit seinem Fahrrad die Bingsdorfer Straße herab auf Brühl zu, geriet in ein Gleis beim Bahnhofsübergang und kam schwer zu Fall. Er schlug mit dem Kopf gegen die Stange des Ahtungsschildes und trug eine schwere Kopfverletzung davon, die er beim Arzte zunähen lassen mußte.

Büdo Schuhputz

in Dessen, Glaser, Tabak

Stadtverordnetenversammlung.

Brühl, 29. Juli 1930.

Vor Eintritt in die Beratungen der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung gedachte Bürgermeister Freierichs der Rheinlandräumung von den fremden Besatzungstruppen und gab der Freude Ausdruck, daß nunmehr der letzte Franzose das rheinische Gebiet verlassen hätte. Auf der Höhe der Festesfreude bei Gelegenheit der Anwesenheit des Reichspräsidenten, sei leider die Freude durch ein tragisches Geschehnis gestört worden durch das beklagenswerte Unglück in Koblenz. An diesem Unglück nähme die Bürgererschaft Brühls innigen Anteil. Sie nähme aber auch Anteil an dem Unglück in Neuröde, welches so viele Opfer der Arbeit gefordert und wobei so manche Familie in namenloses Elend verfiel worden sei. Zum Zeichen der Trauer hat der Redner die Anwesenden, sich von ihren Sitzen zu erheben.

Dann wurde in die Tagesordnung eingetreten und wurde zunächst über die Festlegung des



Ägyptens Schreckenstage: Die Flucht vor dem Tode

Die furchtbaren Schreckenstage Kairo sind durch

das rücksichtslose Vorgehen der Polizei beendet. 17 Tote und mehr als 200 Verletzte sind die Opfer des furchtbaren Blutbades in der ägyptischen Hauptstadt.

Schulgelbes für das städtische Gymnasium auf Grund des Gesetzes über das Schulgeld an den öffentlichen höheren Schulen vom 27. Juni 1930 beraten. Wie der Vorsitzende sagte, tut hier Eile not, denn nach den Ausführungsbestimmungen kann das neue festgesetzte Schulgeld schon vom 1. Juli d. J. ab erhoben werden, wenn bis zum 30. d. M. ein diesbezüglicher Beschluß von der Stadtverordnetenversammlung gefaßt worden ist. Aus diesem Grunde habe er diese dringliche Sitzung einberufen. Das Schulgeld wurde dann nach den Vorschlägen der Verwaltung für einheimische Schüler auf 250.— RM (bisher 200 RM.) und für auswärtige Schüler auf 312,50 RM (bisher 250.— RM) festgesetzt. Einer Genehmigung dieses Beschlusses durch die Aufsichtsbehörde bedarf es nicht. Einer Erhöhung des Schulgelbes konnte man nicht aus dem Wege gehen, da, wie allgemein angenommen wurde, eventl. der Staatszuschuß für diese Schule gekürzt würde und zudem an allen staatlichen Anstalten eine Erhöhung des Schulgelbes vorgenommen worden sei.

Hierauf teilte der Vorsitzende mit, daß der Stadtverordnete Schmiedels von der Kommunisten Partei wegen baldigen Bezugs nach Köln sein Mandat schriftlich niedergelegt habe. An seine Stelle sei der Schloffer Heinrich Schmitt getreten.

Da noch einige Anträge eingegangen waren, so stellte Bürgermeister Freierichs an die Versammlung die Frage, ob dieselben jetzt beraten werden sollten, oder ob er die Anträge, wie gewohnt, zuerst in den Verwaltungsausschuß vorberaten lassen solle. Es könnten ja eventl. vorher Fraktionsbesprechungen über die Beratungsgegenstände stattfinden. Die Versammlung erklärte sich bereit, die Anträge sofort zur Verabschiedung zu bringen. Es wurde die Sitzung alsdann unterbrochen und die Fraktionen berieten dann in den zur Verfügung gestellten Räumen über die weitere Tagesordnung.

Die erste war ein Antrag der Jungendliche St. Jürgen des Luidborn auf Bewilligung einer Beihilfe zur Förderung der schulentlassenen Jugend. Sie beabsichtigt, ein Grundstück anzukaufen und darauf eine Baracke als Eigenheim zu errichten. Hierzu fehlen der Jungendliche 2000 RM.

Seitens der sozialdemokratischen Fraktion war bei Gelegenheit der Sitzungsberatung ein Antrag gestellt worden auf Bewilligung von Beihilfen zu Schüler- bzw. Ferienwanderungen pro Klasse 25.— Reichsmark.

Mit diesem Antrage deckte sich eine Eingabe der evangelischen Schule, des Elternbeirats und der Lehrerschaft derselben auf Bewilligung einer Beihilfe zu 2 vorgesehenen größeren Ferienwanderungen und wöchentlichen Ausflügen.

Ferner hatte die sozialdemokratische Fraktion noch beantragt den Beitritt der städtischen Schulen zu dem Verband deutscher Jugendherbergen und den Antrag gestellt, der Volksschule an der Clemens-Auguststraße den Namen Friedrich Ebertschule zu geben. Bekanntlich hatte die Zentrumsfraktion in der Sitzung vom 29. Mai durch den Beigeordneten Frohn schon den Antrag gestellt, diese Schule Clemens-August-Schule zu benennen. Der Antrag wurde damals aber zurückgestellt.

Nachdem die Fraktionsbesprechungen beendet waren, trat dann nach einer halbstündigen Unterbrechung die Versammlung in die Beratungen ein.

Stadtv. Clever (Komm.) lehnt den Antrag der Jungendliche St. Jürgen ab und stellt dagegen den Antrag, den Hinterbliebenen der verunglückten Bergleute in Neuröde eine finanzielle Unterstützung zu gewähren.

Stadtv. Martini gibt namens der Wirtschaftspartei die Erklärung ab, in Anbetracht der schweren Zeit die Anträge der Jungendliche St. Jürgen, sowie auch die Anträge der soz. Fraktion auf Beihilfen zu den Wanderungen und den Antrag der evangl. Schule abzulehnen.

Aus grundsätzlichen Erwägungen heraus lehnt auch Stadtv. Grühl namens der Deutschen Volkspartei den Antrag des Luidborn ab.

Dagegen gibt Stadtv. Schwarzkopf (Soz.) die Zustimmung zu dem Antrage der Jungendliche St. Jürgen.

Hierauf wird der Antrag des Luidborn gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der kommunistischen Fraktion angenommen und der Bedingung, daß auch der Kreis sich mit einem Zuschuß daran beteiligt.

Stadtv. Wald (Soz.) beantragt hierauf für die Hinterbliebenen der verunglückten Bergleute in Neuröde den Betrag von 500 RM bereitzustellen. Als dann gelangten die sozialdemokratischen Anträge zur Beratung, wobei Stadtv. Schmitter (3.) die Erklärung abgab, daß sie die Beihilfen zu den Schüler- bzw. Ferienwanderungen aus allgemeinen Mitteln ablehnten und dem Beitritt zu dem Verbande der Jugendherbergen vorläufig nicht zustimmen könnten.

Stadtv. Schwarzkopf (Soz.) glaubt der Standpunkt des Stadtv. Schmitter sei nicht richtig. Darnach habe man den Antrag abgelehnt und es sei gesagt worden, man wolle zu gegebener Zeit darauf zurückkommen. Er bittet mit Rücksicht auf die schlechten Verhältnisse für die Ferienwanderungen pro Klasse 25.— RM zu bewilligen.

Stadtv. Grühl (D. V.) erklärt sich für die Bewilligung des Antrages der evangl. Schule ohne sich jedoch allein auf die evangl. Schule zu beschränken, wovon etwa 150 Kinder in Betracht kämen, die übrigen Schulen möchten auch ihre Schülerzahlen angeben. Auch wäre keine Fraktion bereit, den Beitritt zu dem Verbande der Schülerherbergen zu bewilligen.

Stadtv. Clever (Komm.) führt aus, daß es eine Tatsache sei, daß der Gesundheitszustand der Kinder in den Schulen nicht allzu gut sei und es sei wünschenswert einmal darüber zu beraten, ob nicht jedes Jahr im Etat ein Betrag von etwa 1000 RM eingelegt werden könnte für derartige Wanderungen und Ausflüge.

Stadtv. Schmitter (3r.) erwidert hierauf, daß für kranke Kinder alles getan würde durch Unterbringung in Erholungsheimen oder zur Erholung auf dem Lande.

Stadtv. Kallteier (3r.) führt aus, daß das Zentrum aus dem Grunde gegen den Antrag stimme, weil die Kinder doch derartige Wanderungen nicht mitmachen könnten.

Stadtv. Kamm (Soz.) will die Bedenken des Zentrums zerstreuen indem er für seine Person den Antrag stellt, die Mittel für die besagten Wanderungen zu bewilligen, wenn die Lehrerschaft in Verbindung mit dem Elternbeirat die Wanderungen organisiert.

Der Vorsitzende hebt hervor, daß den staatlichen Anstalten es zur Pflicht gemacht sei, daß bei derartigen Wanderungen besondere Kosten nicht entstehen dürfen und meint mit den 25 RM pro Klasse könnte kaum etwas erreicht werden.

Stadtv. Schmitter (3r.) erklärt, daß seine Fraktion bereit sei, bei den vorgeschriebenen allmonatlichen Wanderungen für die armen Kinder etwas zu bewilligen.

Stadtv. Mühlensfeld (D. V.) bittet dem Antrage der evangl. Schule zuzustimmen.

Stadtv. Kamm (Soz.) meint, seine Fraktion habe sich ja bei dem Antrage in bescheidenen Formen gehalten. Es sollten doch bloß Beihilfen zu den Wanderungen sein.

Damit ist die Aussprache beendet.

Schluß folgt.

Westdeutschland

20.000 Schützen im Festzuge.

Köln: An dem großen Festzuge, aus Anlaß des 19. Deutschen Bundesfestes nahmen etwa 20.000 Schützen aus allen deutschsprachigen Gegenden teil. Vom Balkon des Kölner Rathauses wurden, die Schützen vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz, dem Regierungspräsidenten von Köln, dem Kölner Oberbürgermeister und anderen Behördenvertretern begrüßt. Die Nachmittagsstunden wurden mit Schießwettkämpfen auf dem Festplatz ausgenutzt, während der Tag mit einer Beleuchtung des Domes und der Rheinufer abschloß.

A black and white photograph showing a large crowd of people gathered on a city street. The crowd is dense, with many people wearing hats. In the background, buildings are visible, including one with a sign that reads "NAPOLIN". The scene appears to be a public event or parade.



Der weltberühmte Welfenschatz wird in Berlin ausgestellt.

Ein Prachtstück des Welfenschatzes: die berühmte Kuppelreliquie.

Der weltberühmte Welfenschatz wird nach Berlin gebracht und dort ausgestellt werden.

Der Schützenfestzug durch die Straßen Kölns

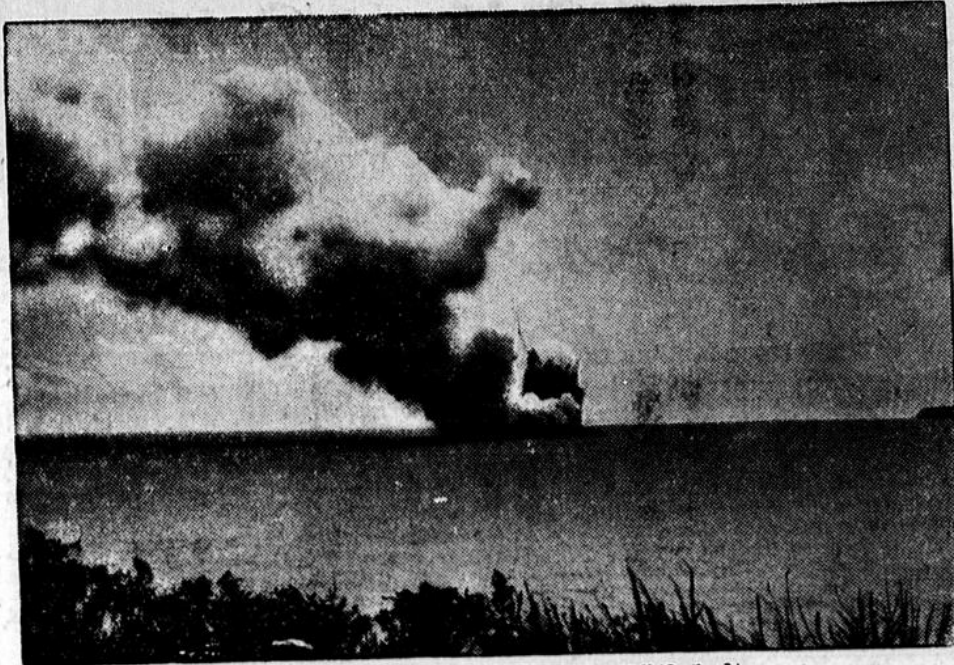
Mit. Köln, 28. Juli. Den Höhepunkt des 19. Deutschen Bundeschießens bildete der große Schützenfestzug durch die Straßen Kölns am gestrigen Vormittag. Schon in den frühen Morgenstunden wälzten sich riesige Menschenmengen in das Zentrum der Stadt, und je näher die Stunde des Auszuges der Schützen heranrückte, je stärker und beängstigender wurde der Zustrom der Massen. Fast die gesamte Schützenpolizei mit sämtlichen verfügbaren dienstfreien Mannschaften waren auf den Beinen, um diesen ins Gigantische wachsenden Verkehr in geordneten Bahnen zu halten. Sämtliche Zufahrtswege zu den Durchgangsstraßen waren für jeden Fahrzeugverkehr rechtzeitig abgesperrt worden, um Unglücksfällen und sonstigen Zwischenfällen vorzubeugen. An einzelnen Stellen herrschte ein geradezu lebensgefährliches Gedränge. Oft standen die Zuschauer in fünf und sechs Reihen eng zusammengedrückt und warteten auf den Schützen zu, die im parademäßigen Schritt durch die festlich geschmückten Straßen marschierten, und freudig bewegt waren über so viel Sympathie, die ihnen von Seiten der Kölner Bürgerschaft entgegengebracht wurde. Dieser Schützenfestzug war eine machtvolle nationale Kundgebung aller deutschen Bruderstämme. Nichts ist geeigneter gewesen, den Grundgedanken, die Verbrüderung der deutschen Stämme wirkungsvoller und nachhaltiger zu fördern, als dieser glänzende Marsch der Schützen durch die Straßen der Domstadt.



Erstes Originalbild von der Straßenschlacht in Alexandria

Brennendes Polizeiauto auf dem Mehemet Ali Platz in Alexandria.

Bei den blutigen Unruhen in Alexandria stürzte sich die wütende Menge auf eines der Polizeiautos und steckte es in Brand. Einem starken Polizeieinsatz gelang es erst nach stundenlangen Kämpfen, die Oberhand über die Anhänger der Wahdpartei zu erlangen. 21 Tote und 180 Verwundete waren die Opfer des Kampfes.



Auch der Krakatau in voller Tätigkeit.

Der in feurige Wolken gehüllte Inselvulkan in der Sundastraße.

Die Eruptionen des Krakatau, des größten Vulkans in Niederländisch-Indien, haben plötzlich einen

höchst gefährlichen Charakter angenommen. In einem Tage wurden 880 Eruptionen vermerkt, die unter donnerartigem Getöse erfolgten.

stärker kamen sodann, und wieder war der Beifall stark und herzlich. Brandenburger, Medlenburger und Schleier folgten ihnen. Und dann erschienen die Rheinländer, die schönen, vertrauten grün-weißen Farben an der Spitze, die jedes rheinische Herz für Minuten höher schlagen ließen; sie wurden mit Beifall überschüttet, eben weil sie die Heimat verkörperten. Lebhaft begrüßt wurden die 22 Gassen der Kölner Zünfte, denen sich dann der Bundesbannwagen mit einem Ehrengeselle anschloß. Das stolze Banner der deutschen Schützen wurde durch einen Zug von drei Wagen geführt. Auf dem mittelfsten stand es unter einem grünen Kranz stolz aufgerichtet. Sechs in mittelalterliche Schützenrüstung gekleidete Männer hielten die Ehrenwacht, und auf dem vordersten und hintersten Wagen präsentierte je eine Wache der Landesgruppen. Den Abschluß des Zuges bildeten die Erzbruderschaften.

Staatsbürgerliche Schulungs- und Bildungsarbeit.

Gpd. Die großen Berufs- und Standesverbände der Arbeitnehmer, die Gewerkschaften, bestrachten unter der Fülle der übernommenen Aufgaben als eine der wichtigsten die allgemeine Schulung und Bildung ihrer Mitglieder zum Staatsbürger. — Der Jahresbericht 1929 des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, der in diesen Tagen druckfertig vorliegt, verbreitet sich neben vielem anderem auch ausführlich über dieses Gebiet. — So wird von 219 Ortsgruppen berichtet, die im Jahre 1929 besondere staatsbürgerliche Vorträge und Vortragsreihen abhielten. — Das Ziel dieser Arbeit ist, Menschen heranzubilden, die nicht nur mit leidenschaftlicher Sachlichkeit für die Hebung des Angestelltenstandes in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung eintreten, sondern die auch Vorkämpfer sind für einen sozialen Staat, der getragen wird vom Verantwortungsbewußtsein des Einzelnen gegenüber dem Gesamtwohl.

Ein neuer Weg der staatsbürgerlichen Schulung wurde vom GdA im vergangenen Jahre mit der Veranstaltung von ganzen Schulungswochen beschritten, die in seinen eigenen Erholungsheimen, in den verschiedenen Teilen Deutschlands, in herrlicher Umgebung, stattfanden. 40—50 Teilnehmer wurden in jedem Falle eine Woche lang zusammengefaßt und systematisch in die Gebiete des Arbeitsrechts, der Sozialversicherung, der Sozialpolitik im allgemeinen, der Wirtschaftspolitik, besonders der Steuer- und Zollpolitik, sowie in die Geschichte der deutschen Arbeitnehmer- und Angestelltenbewegung eingeführt. Die Kurse wurden in arbeitgemeinschaftlicher Form abgehalten und gautweilge bejchickt. Es fanden Spezialkurse für die als

Träume sind Schäume.

Diese Erfahrung mußten zu ihrem großen Leidwesen auch die Dvambos machen, wie P. Kreh von den Oblaten der Unbef. Jungfrau unterm 22. März der Claver-Sobalität aus Ombalantu, Südwestafrika, erzählt. „Gestern kam ich von einer Rad zurück, die ich am 10. März begonnen. Ueber 200 Kilometer hatte ich mit unserem kleinen Douth (Ciel)-Wagen zurückgelegt, auf dieser Strecke Ukuakuzi, Djangela, Ukuambi ganz durchstreift, die Not der Leute gesehen. Die Dvambos halten sehr auf Träume; viele hatten von mächtigem Regen und kommender Ueberflutung geträumt (hier ein Segen, aber auch eine Seltenheit); nun leiden fast alle Gebiete Hunger und Durst. Kleine Streifen hatten Regen bekommen; große Strecken leben von Salzwasser und Kürbissen, da Regenwasser und Getreide nicht vorhanden ist. In Ombalantu glaubten wir schon, nichts auf den Feldern zu haben, aber nun habe ich gesehen, daß in andern Stämmen gar nichts ist. Wir stehen vor großen Auslagen, besonders wenn wir die 20 Kinder, die wir aufnahmen, behalten wollen. Wir können sie doch nicht wieder entlassen, nachdem wir sie einmal aufgenommen haben. Das eine Gute hat die Not: die Christen, die auswärts wohnen, kommen zur Mission, die durch ihre Arbeiten (große Wasserlächer ausklopfen) für einige Monate mit Wasser versehen ist. So ist unsere Station gewachsen. — Hoffentlich dürfen wir in unserer Not auf die Hilfe der Missionsfreunde zählen. — Wer diese darbenenden Christen unterstützen möchte, kann seine Gabe senden an die Claver-Sobalität in Köln, Maria Ablassplatz 10a; Postfachamt: Köln, 19440.

„Claver-Korrespondenz“, Salzburg.

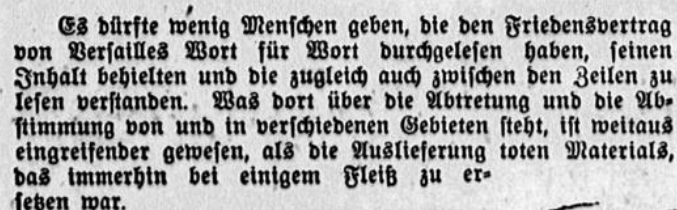
Eßt Roggenbrot



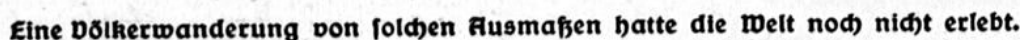
Die ersten Originalbilder von den Erdbeben-Zerstörungen in Süditalien.

Zerstörte Häuserfronten in Neapel, die die eigenartige Wirkung des Erdbebens zeigen: Die unteren Stockwerke blieben fast vollkommen unversehrt.

Zur Erinnerung an den 11. Juli 1920



Stundenlang dauerte es. In einigen Orten länger, in anderen kürzer; in jeder Gemeinde war wenigstens ein Lokal geöffnet, denn man wollte — gründlich waren sie schon, die Altkrieger — genau wissen, wo die Stammesgrenze zwischen Deutschen und



Der Friedensvertrag, der aus Deutschland abstimmungslos weite Gebiete herausnahm und Polen überreignete, sah auch vor, daß im südlichen Ostpreußen eine Abstimmung vorgenommen wurde, die über die Zugehörigkeit dieser Gegend entscheiden sollte. Der Entscheidungstag war der 11. Juli 1920. Die zehnte Wiederkehr dieses Tages kann ganz Deutschland, nicht zuletzt die Provinz Ostpreußen selbst, mit ganz besonderer Genugtuung feiern. Wir haben in der Nachkriegsgeschichte des Reiches wenig solcher entscheidenden politischen Momente erschaut.

Man kann es verstehen, daß die Polen, die in dieser Frage die Entente in Versailles berieten, ihr einmündes versuchten, das Gebiet von Masuren und dem Ermland sei fast ganz polnisch, sei fremdsprachig, sei von den Deutschen unterdrückt. Ein Blick auf die Bevölkerungszusammensetzung in einer einigermaßen guten Karte konnte die polnische Auffassung unterstützen. Die deutschen, polnisch genauen Vorkriegsdaten, allen Alliierten haben sicher selbst die Unterlagen gegeben. Die Alliierten haben auf den Stellenungen wenig geachtet und schließlich den Streifen, der fast parallel mit der Spreußung, als Abstammungsgebiet proklamiert. Es nicht darüber, wohl aber der Kreis Elekto.

Die eigenartigen, von den Alliierten ausgesprochenen Abstimmungsbedingungen sahen auch vor, daß alle bis zu einem bestimmten rückwärtigen Stichtage geborenen, aber außerhalb

stellt. In ganz kurzer Zeit wurden weit über eine Viertel-
million Menschen hin und zurück bis zu 1000 Kilometern beför-
dert, ernährt, untergebracht, darunter Kinder (die die Eltern be-
gleiteten), Greise; Kinder wurden geboren, Kranke behandelt,
trotz, die ganze Abstinenz sieht, von deutscher Seite aus
bezugs, genau so aus wie eine große Kampfhandlung,
nur nicht mit uniformierten, sondern in Zivil gekleideten
Truppen.

Die Generalsstäbe dieses Kampfes waren vaterlands-
liebende Leute, die nachher wieder in das Dunkel eines ein-
fachen Berufes zurücktraten; die Behörden verdoppelten in
dieser Zeit ihre Aktivität und haben ihren erheblichen Anteil
am Erfolge.

Polen war nicht müßig. Die Masuren, die im Abstimmungsgebiet wohnen, ein arbeitsames Volk von Landarbeitern, Bauern, Kleinseblern waren einen Kampf wohl wert. Das Gebiet, nicht reich, aber entwicklungsfähig, galt für beide Bewerber (zwangsläufig Bewerber, nicht freiwillig) als Kornkammer des Ostens. Da die offiziellen deutschen Behörden ihrer Funktion während der Besetzung enthoßen waren, konnten die Polen ungestört agitieren. Aber sie stießen auf erstaunlich geringe Gegenliebe, keine noch so übertriebene Versprechung brachte sie sichtbar vorwärts. Das Gebiet hielt fest an armen, schwachen, besiegten deutschen Land. So kam es, daß die polnischen Agitatoren kurz, teilweise erst am Tage vor der Abstimmung, also am 10. Juli, fast fluchtartig das Gebiet verließen. Die Abstimmung konnte beginnen.

Englische, französische und italienische Truppen hatten das Gebiet besetzt. In Marienwerber saßen die Italiener, in Allenstein die Engländer und die Franzosen. Sie gaben für das kleine Marktflehen sogar eigene Markteinfahrten heraus, und zwar gleich zwei verschiedene Arten aus, die natürlich auch nicht es, die Valuta anzutaster was sicherlich unermesslichen Schaden angerichtet hätte. Das Zusammenleben mit den Besatzungstruppen war erträglich, am besten hier mit den Engländern, die

basel erkannt hatten, daß ihres Weltbens nicht lange sein würde. Auch die Italiener versuchten sich nicht allzu unbeliebt zu machen; schwerer zu ertragen waren die Franzosen, die allzu offensichtlich mit den Polen zusammengingen.

Inzwischen rollten die Ägide, fuhren die Dampfer heran. Das Abstimnungsgebiet bekam fast die doppelte Bevölkerung. Versorgungsschwierigkeiten und Not an Unterkünften entstanden nirgends, so vorzüglich hatten die Vereine, die dem Reich und der Provinz halfen, vorgebetet. Wohl streuten die Polen in größter Eile, daß die Abstimmen, die den Korridor passierten, von ihnen vollkommen ausgefüllt werden würden; es schredte nicht. Hundertjährige, für die die Bahn Abteile zweiter Klasse bereitstellte, fuhren Tag und Nacht um heimischen Ansehn an Stelle zu sein.

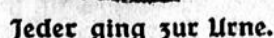
Wilde Zeitungspropaganda, kleine Zusammenkünfte, gelegentliche Schlägereien schufen zwar eine gespannte Atmosphäre, aber die kannte man damals, vor zehn Jahren, überall in Deutschland, im besetzten rheinischen Gebiet, in Oberschlesien, in der Nordmark, in den Industriegebieten. Sie war den Gassen des Abstimmungsgebietes nicht fremd. Rum mußten sich die, die aus dem unbesetzten Deutschland kamen, an die fremden Uniformen, an fremde verständliche Anordnungen gewöhnen.

Und dann kam die große Stunde, in der sie an die Urnen traten, um die inhaltsschweren Zettel, auf denen einfach „Deutschland“ oder „Polen“ stehen sollte, durch den Schütz zu werfen. Vorkämpfer beider Aspiranten auf das Land saßen hinter den Tischen, an denen ein ganzes Volk vorbeistürmte.



des Gebietes lebenden männlichen und weiblichen Ost- und Westpreußen des Abstammungsgebietes an der Abstimmung teilnehmen konnten. Es war daher für die deutschen Behörden sehr wichtig, frühzeitig zu erfahren, wann der Abstimmungstag sein werde, um die technischen Vorbereitungen treffen zu können. Da die oberen deutschen Verwaltungsbehörden im Abstammungsgebiet von einem sehr frühen Termin an aus dem Lande gewiesen und durch Altierte und polenfreundliche Personen ersetzt worden waren, erforderte die Verhandlung mit den neuen, wenn auch nur zeitweiligen Gewalthabern großes taktisches Geschick.

Die Zahl der abstimmungsberechtigten Personen wurde auf rund 400 000 geschätzt, von ihnen wohnten zweifellos mehr als ein Drittel außerhalb des Abstimmungsgebietes. Diese Personen mußten also vor dem Tage der Abstimmung nach Ostpreußen gebracht werden. Eine ungeheure Organisation wurde in kurzer Frist aufgebaut, natürlich mit Staatsgeld unterstützt, denn die verarmte, durch den Krieg ausgefogene örtliche Bevölkerung hätte allein diese Lasten nicht tragen können. Richtige Feldzugspläne für die Beförderung der Abstimmenden in ihre Heimatsorte wurden aufgestellt. Ostpreußen war bereits durch den abgetretenen Korridor vom Reich abgetrennt, die Transporte mußten also entweder über See oder mit Zustimmung der Polen durch ihr Gebiet gehen. 185 000 nicht im Gebiet wohnende Abstimmungsberechtigte wurden ermittelt, 131 000 von ihnen wurden nach Ostpreußen gefahren. Man mobilisierte die schwer kämpfende Eisenbahn, stellte Züge zusammen und fuhr insgesamt 60 000 Deutsche zum Siege nach Allenstein. Der fast über Nacht eingerichtete Schiffsverkehr von Swinemünde nach Pillau, aus dem der Ostpreußen-Seedienst entwickelt wurde, hat auf kleinen und kleinen Schiffen gegen 50 000 Menschen sicher zur Abstimmung gefahren, der Rest kam aus den Gebieten, die ans Abstimmungsgebiet direkt angrenzten. Wir staunen immer eifrigsteboll vor den Mittellagen über die germanischen Völkerwanderungen. Hier hat sich eine Völkerwanderung abgespielt, die die Leistungen in der aussehenden Antike weit in den Schatten



400 000 Menschen gaben ihre Stimme ab.

gut den Völkern geben und so mußten sie selbst darauf verzichten. Der Zübel im Reich war ernst, würdig und verhalten, die Zeit war entschuldig schwer. Das Land, das da bei Deutschland hiebeln wollte, lag getrennt durch den Korridor, scheinbar ganz auf sich angewiesen, da. Die Abstimmen strömten zurück, die Provinz fing an, den neugewonnenen Besitz sich anzugleichen. Die alte Verwaltung kehrte wieder, die Besatzungstruppen rückten, lange erst nach dem Abzug der Abstimmen, durch Deutschland zurück.

Jetzt feiert Deutschland den zehnten Jahrestag des Sieges, des unblutigen Sieges über die Hoffnungen der Polen, über den Irrtum der Entente. Aber ganz ist der Sieg des 11. Juli 1920 noch nicht erfüllt. Ostpreußen, wie man es heute schmerzlich in der Provinz selbst nennt: die Insel, muß noch ganz anders an das Hauptland geießelt werden. Kulturell, wirtschaftlich muß man diesem Lande mit den stillen, humorvollen Bewohnern helfen, muß Geld bereithalten, wenn Großtaten, die wieder Geld schaffen sollen, notwendig werden. Daß dieses Land immerdar deutsch sein will, das es ja mit Opfern und mit Selbstverleugern am 11. Juli 1920, vor nunmehr zehn Jahren, bewiesen. Beweisen wir also jetzt, daß wir dieser Kreuze wert waren, und denken wir immer an Deutschlands Schicksale und größte Insel: Ostpreußen.

Dr. Franz Orner.



zurückbar schwere Silberäpfel, in dem u. a. ein indischer Auswurf des Erstaunens gesucht wurde, gewiß nicht den fännen "Iletrioeng" — der Wahrheit die Ehre:

Nun ist der Waldbrand erreicht, Urwald in gelpenfischem Dä-
mon. Aber auch die Noten schließen jetzt ihr Blei um ihn, jagen

„Sag kann du viel oder zu wenig sein“, verlangte Garbing mitbeträufelnd. „Geh arbeitest verdient ihren Lohn!“
„Allo brüder!“
„Sag, will weiter nichts als bei Söhnen Söhnen dienen“, sagte Hoof mit niedergeschlagenen Augen. „Sie wollen, wie ich Söhnen ergeben bin, Söhnen und Eltern, ergeben bis zum Tode!“
„Sag, will dich trotzdem belohnen“, sagte Garbing, bei der Erwähnung seiner Tochter aus diesem Räume doch unwillkürlich die Schritte rungschob.
„Sag, will keine Belohnung“, entgegnete Hubold in eigenem Tone. „Er hob die Augen und sah seinen Speer durchbohrend an. „Brauchst du nicht jetzt, nicht für den nächsten Augenblick an. „Er langte hinan.
„Selbst unter dem höchsten Harn, ironischen Blicks schenke er die bitter glühenden Augen nicht. Endlich daraus eine ferne, verstellte Stimmung hervor.“

„Sa!“
„Ja!“
Gerding machte eine heftige Bewegung.
„Teufel! Das ist eine hässliche Weichheit. Wenn wir
brühen wollen, müßte ich mich nicht soviel darum küm-
mern, aber hier — mit ihrer Poligkeit! Das war ein
Dummheit von dir!“
„Wir haben nichts zu befürchten!“ sagte der Ge-
lehrte laut.
„Ein Derr blühte auf; unversehrbar fiel ihm be-
graubend auf, mit dem Hohn das Wort „Wir“ be-
tonte. Was bedeutete das? Was wollte derselbe da-
mit sagen? Sollte das gefällige Geringschätzen mit
seinen Plänen damit die Spitze gegen ihn sehn,
gegen ihn, den Urheber und dadurch stützenden
ner Zeit?

[illegible]

Don Ernst Drouben

Dennort — ein neuer Augenblickstheater — ist immer
bedeutend geworden. Die Jungen teilen ihre Schuld bei
gescheiterten September 1929 ließ er sein erstes Buch,
„Der Mensch“, erscheinen. Nicht Monate vorher
hatte er schon fünf geleistete Bücher herausgegeben, und
die letzten drei (Bismarck, von 71000) sind ebenfalls
in der Hand der Schüler im Freispruch erschienen.
Die fünf verbleibenden „Bismarcks“ (gebunden in Lein-
wand 2,80 Mk.).

„Beständiger Beangel . . . ! Ungeachtet kommt zu demselben Tag ich, und du sagst es dir ganz allerleyen Mal!“
 Staunend steht bei den Gängen gepackt. Drei Stunden hat er jetzt die Freyung und die Quere diesen vierzehnjährigen Sängern geschickt, und nun sitzt er broden in dem rthigen Spielraum am Strohdamme und kommt nicht herunter.
 „Lasciate stare! — Laß mich in Ruhe!“ flingt es auf ihm nieder.
 Heut in diesem und gleichzeitig geheimerem Tone herabzusehen, das bir einen andern, den du schonen kannst! Dies nicht, du nicht mehr an, aber . . .
 Eine Zeit von Zehnminuten ist die Nacht vom zehnten, sieben Conterito reist sich der Mann vom Kopfe, um besser hinaufsehen zu können. Ein wildes, schnursträhiges O- wird sich mit schnurigen Ganghant wohl fühlend, das Seitenfalsch wird jetzt zu einer Gange verzehren.
 Und wenn du nicht sofort kommst, so schick ich dich herunter, bereitst du, du . . .!“ und schon hat der Farmer seine ganze Isänge schloße in der Hand und jagt bindungslos eine Angel in Oestli, die noch oben in den Stamm hockt.
 Wie ein Fisch fährt jetzt der Sänge herab, halb reißt er sich fallen, so schnell, daß der Vater nicht einmal Zeit hat, ihn zu

[illegible]

Stoh, was geht das bei Vater an, wenn er einmal Saab an
eigene Kleidung, macht! Dem ist es ja hoch genugthun,
biete Stroh seinen Stiefel Stroh — ja, ob sie ihn eines Tages
zu gefällig auf bei diesem Stroh — ja, ob sie ihn eines Tages
wollen und hoch bezeichnen, auf der Stroh anstößt! So, könnte
haben er den einen, den Stroh, auf den der Vater schon so
lange abgelesen, heute morgen seine Saab aufgehängt, warte
nicht wieder wie immer.

„Zu dem Ende“, sprach er, „wird die Seele, die sich von dem irdischen Leben trennt, in eine andere Welt übergeführt. Dort wird sie nach ihren Tugenden und Mängeln belohnt oder bestraft. Die Gerechten werden in den Himmel aufgenommen, die Sünder in die Hölle. Die Seele, die sich von dem irdischen Leben trennt, ist wie ein Feuer, das sich von einem Holzstamm trennt. Das Feuer ist die Seele, das Holz ist der Körper. Wenn das Holz verbrannt ist, bleibt das Feuer übrig. So bleibt die Seele übrig, wenn der Körper stirbt.“